

2009-02-10

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27.11.2008

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Bönecke, Matthias

Verwaltung

Raschpichler, Gerd Dr., Beigeordneter für
Gesundheit, Soziales

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Oberbürgermeister Koschig eröffnete die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

- 2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

- 3. Lokales Aktionsprogramm in Dessau-Roßlau - Bericht zum Zwischenstand**

Herr Koschig rief den Tagesordnungspunkt auf, in dem ein Zwischenfazit der Arbeit des Lokalen Aktionsprogramms gezogen werden soll. Dazu begrüßte er die beiden Mitarbeiter der Koordinierungsstelle, Herrn Andersch und Herrn Bialek.

Als Sprecher wirkte **Herr Andersch** und führte aus, der Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz in der Stadt stellt die Umsetzung des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ dar.

In seinen Ausführungen zog Herr Andersch die Bilanz der letzten 16 Monate der Arbeit des Lokalen Aktionsplanes (LAP). Das Bundesprogramm hat drei tragende Säulen, eine davon sind die 10 Lokalen Aktionspläne in Sachsen-Anhalt. Das Innovative des Bundesprogramms ist, dass diese Maßnahme erstmals konzeptionell gewollt Kommunen und lokale Akteure der Zivilgesellschaft mit „seichtem Druck“ dazu bringt, gemeinsam integrierte Handlungsstrategien für eine wirksame Demokratieentwicklung im kommunalen Bereich voranzubringen.

Der LAP hat seit dem 8. Juli 2007 in der Stadt Dessau-Roßlau insgesamt 31 Projekte gefördert mit einer Gesamtsumme von 179.000,- €. Analysiert wurde nun, welche thematischen Schwerpunkte mit den Projekten bedient wurden und welche Handlungsfelder und soziale Wirkungsräume haben diese Projekte erreicht.

Der LAP hat in den letzten Monaten insgesamt 16 Projekte auf den Weg gebracht, die im klassischen Sinn die Demokratieentwicklung fördern, Gemeinwesenarbeit und auch eine Beteiligungsorientierung präferierten. Klassische präventive Projekte zur Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit waren 9 Projekte. Es wurden in den verschiedensten Fortbildungsreihen lokale Akteure aus der Zivilgesellschaft und auch aus der Verwaltung fort- und weitergebildet. Weitere Schwerpunkte waren Projekte und Maßnahmen an und mit Schulen aller Schulformen. Insgesamt wurden vom LAP 6 Maßnahmen gefördert, die einen lokalhistorischen Bezug haben (Höhepunkt: Verlegung der Stolpersteine in der Stadt).

Detailliert stellte Herr Andersch drei Projekte und Maßnahmen stellvertretend für alle dar. Für eine relativ hohe Wirkung sorgte das Projekt Dessopolis 2008. Im Kern ging es darum, dass Kindern auf spielerische Art und Weise demokratische Ausgestaltungsprozesse hautnah und am praktischen Beispiel benannt wurden. Hier gab es eine sehr hohe Resonanz mit nachhaltiger Wirkung und der LAP möchte dieses Projekt auch im nächsten Jahr fördern.

Ein weiteres Aushängeschild des LAP und integrierte Maßnahme war der „Videowettbewerb „Demokratische Welten“, dessen Träger der Offene Kanal der Stadt war. In diesem Projekt sei es gelungen, einen neuen, kreativen Zugang zur Themenauseinandersetzung wie Demokratieentwicklung, auch Demokratieverdrossenheit, Vielfalt, Integration, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu finden. Das Projekt habe intergenerativ und integriert gewirkt, auch auf der Praxisebene. Als Höhepunkt dieses integrierten Projektes war eine Veranstaltung im großen Saal des UBA, wo es eine Präsentation der Beiträge und eine anschließende Preisverleihung in verschiedensten Kategorien gab. Diese Veranstaltung war gut besucht, auch deutungsmächtige Akteure der Landesebene waren anwesend. Es werde eingeschätzt, dass dieses Projekt richtungweisend ist und auch hier ist die Nachhaltigkeit gegeben. Im Anschluss an das Projekt hat der Offene Kanal ein weiteres Projekt auf den Weg gebracht „Demokratische Welt macht Schule“. Hier geht es darum, die Wettbewerbsfilme so aufzuarbeiten, dass sie im Unterricht eingesetzt werden können.

Als letzte Maßnahme stellte Herr Anders die Servicestelle „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ vor. Träger ist TUZ e.V. - ein Trägerzusammenschluss von Bildungsvereinigungen in der Stadt. Hier geht es um eine bundes- und europaweiten Kampagne. Die Servicestelle ist bemüht, mit anderen Projekten einerseits diese Kampagne an möglichst vielen Schulen der Stadt zu implementieren. Aber es bleibt nicht dabei, dass die Schulen diesen Titel bekommen, sondern es geht darum, dass dauerhaft Projekte durchgeführt werden, die sich der Demokratieentwicklung widmen, auch der Demokratieentwicklung in der Schule selbst. Die Kampagne sieht vor, dass jede Schule, bevor sie den Titel verliehen bekommt, einen Paten bekommt, der öffentlich für diese Kampagne steht. Die Servicestelle ist Schnittstelle zwischen dem Sozialraum Schule, der Kommunalpolitik und der Zivilgesellschaft. Bisher befinden sich 3 Schulen im Antragsverfahren zur Titelvergabe „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Auch dieses Projekt möchte das LAB im zweiten Jahr fördern.

Die bisherigen Erfolge des LAP zusammenfassend und die Defizite benennend, führte Herr Andersch aus, im LAP ist es tatsächlich gelungen, hin zur Umsetzung des übergeordneten Leitzieles, einer nachhaltigen Etablierung verbindlicher Strukturen zur Demokratieentwicklung ein ganzes Stück voran zu kommen.

Der Prozess sei auch einhergegangen mit einer stärkeren Sensibilisierung und öffentlichen Wahrnehmung von rechtsextremen Ereignislagen, rassistischen und antisemitischen Deutungsmustern und vor allem mit der Unterstützung deutungsmächtiger Akteure für den LAP in der Stadt selbst.

Festzustellen ist aber auch, dass nun mit den Projekten die Probleme Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus oder Fremdenfeindlichkeit weg sind. Das könne bei einem solchen präventiven Programm nicht der Fall sein, weshalb gerade für die letzten Monate konstatiert werden muss, dass es ein Paradigmenwechsel auch an der Spitze der kommunalpolitischen Verantwortungsebene zu einer stärkeren Sensibilisierung für diese Problematik gibt. Das geht aber auch einher mit einer Revitalisierung des organisierten Rechtsextremismus vor allem hier in der Stadt Dessau-Roßlau.

Seit der Initiierung des Lokalen Aktionsplanes haben öffentlichkeitswirksames Bürgerengagement für demokratische Strukturen und Prozesse spürbar zugenommen. Der LAP ist in der Träger- und Initiativlandschaft der Stadt relativ gut angekommen, das belegen die Projektanträge und die umgesetzten Projekte. Es ist gelungen, einen nicht unerheblichen Teil der Träger- und Initiativlandschaft in der Stadt aktiv auch in den Aktionsplan einzubeziehen und zu einer kooperativen Zusammenarbeit zu bewegen.

Eine ausführliche Analyse des LAP liege vor und habe gezeigt, dass noch nicht alle im Handlungskonzept ausgewiesenen Handlungsfelder und Sozialräume im angemessenen Rahmen erreicht wurden. Zwei Beispiele sind, dass es kaum qualifizierte Anträge aus dem Sportbereich gab und es noch nicht im gewünschten Maße gelungen ist, auch lokale Wirtschaftsakteure und -treibende in den Lokalen Aktionsplan zu integrieren. Dies bedürfe einer Nachjustierung.

Ausgehend von diesen Schwächen wurden durch den Begleitausschuss strukturelle Änderungen vor allem im Prozess der inhaltlichen Fortschreibung ein Maßnahmenpaket für das zweite Förderjahr ab dem 1. Januar kommenden Jahres konkret beschlossen. Im März wird es erstmals eine themenzentrierte Ausschreibung für die zweite Förder-

runde geben, d. h. ganz konkrete Förderanträge aus dem Sportbereich werden bevorzugt behandelt. Dazu wird es eine Projektwerkstatt geben. Des Weiteren soll, um die LAP auf noch breitere Füße zu stellen, im Frühjahr 2009 eine relativ breit und pluralistisch angelegte Trägerkonferenz veranstaltet werden, um dann zusammen mit den Akteuren zu diskutieren, wo kann der LAP noch hin und wo gibt es Defizite. Von dieser Debatte werde eine noch höhere Wirkungsmächtigkeit des LAP erhofft und eine transparente und beteiligungsorientierte Partizipation.

Oberbürgermeister Koschig bedankte sich bei dem Vortragenden und fragte die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses, ob ihrerseits Fragen bestehen.

Auf eine Frage von **Herrn Schönemann** erwiderte **Herr Andersch**, es gehe nicht so sehr darum, den LAP als Marke zu verkaufen, sondern es geht um das Themenfeld, also Demokratieentwicklung vor allem in der Schule selbst. Es wurden auch Projekte gefördert, in denen es nicht nur um Rechtsextremismus oder Fremdenfeindlichkeit geht, sondern auch darum, dass Schüler und Lehrer gemeinsam prüfen, wie demokratisch läuft es an ihrer Schule ab. Da sei man der Meinung, dass der LAP ein Instrument ist, in diesen Sozialraum hinein zu wirken. Das Feedback von den Pädagogen und Lehrern sei eigentlich durchweg positiv. Natürlich gab es anfangs zu der einen oder anderen Schulform Berührungsängste, es hat sich aber es hat sich auch gezeigt, man kann tatsächlich auch mit Förderschülern qualifizierte Projekte durchführen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

4. Präsentation der Semesterarbeiten Projekt „Neugestaltung Ratssaal im Rathaus Dessau“

Oberbürgermeister Koschig begrüßte zum Tagesordnungspunkt Studentinnen und Studenten der Fachhochschule Anhalt. Im Rahmen einer Semesterarbeit im Fachbereich Architektur der Hochschule Anhalt (FH) hatten diese die Aufgabe erhalten, Entwürfe für die Neugestaltung des Ratsaals einzureichen. Von 30 eingereichten Arbeiten wurden 10 ausgewählt und für die Präsentation vorgeschlagen. Am 29.10.08 präsentierten acht Studentinnen und Studenten ihre Entwürfe der Jury. Nach eingehender Beratung wurden die Preisträger ermittelt. Herr Koschig merkte an, dass im Anschluss an die heutige Präsentation die Preise an die Platzierten übergeben werden sollen.

Den ersten Platz belegte **Herr Christian Veith**, welcher dem Haupt- und Personalausschuss und den Gästen seinen Entwurf mittels Beamer darstellte und erläuterte.

Im Anschluss daran schätzte Herr Otto den Entwurf als sehr gut ein und stellte die Frage, ob eine Kostenbewertung erfolgt sei.

Herr Veith merkte an, dass dies noch nicht geschehen sei, da den Studenten hier auch noch die baulichen Erfahrungswerte fehlen. Von der Jury war der Entwurf aber allgemein als realisierbar bewertet worden. Vordergründig ging es in Abhängigkeit vom Fortschritt der Semester darum, Ideen einzusammeln, ohne von vornherein einen Kostenrahmen vorzugeben, ergänzte OB Koschig. Im nächsten Schritt werde man dann über die Kosten reden.

Im Weiteren wurden Fragen zur Platzkapazität, zur Gestaltung, Möblierung und die Möglichkeit für verschiedene Nutzungen erörtert. Im Zusammenhang mit den möglichen Arbeiten am und im Ratssaal sowie an der Giebelseite des Rathauses verwies OB Koschig auf die Notwendigkeit der Dachsanierung.

Herr BM Gröger führte abschließend aus, die Arbeiten der Studenten dienten in erster Linie der Ideensammlung mit dem Ziel, das Rathaus in seinem historischen Erscheinungsbild wieder herzustellen. Dabei muss bei den Planungen berücksichtigt werden, dass das zurzeit Machbare nicht der Herstellung des Endzustandes entgegensteht, von denen man also etwas ableiten kann. Es müsse ganzheitlich etwas getan werden, was später fortgesetzt werden kann. Jetzt geht es darum, im Haushalt einen Ansatz zu finden, diesen Prozess voranzutreiben.

Oberbürgermeister Koschig bedankte sich bei Herrn Veith für seine Ausführungen und bat die übrigen anwesenden Preisträger zu ihren im Saal aufgestellten Modellen. Hier überreichte er die Urkunden und Preise an

Erik Zein für den 3. Platz (200,-Euro),
Thilo Mehlhase für den 2. Platz (300.- Euro) und
Christian Veith für den 1. Platz (400,- Euro).

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Zunächst informierte **Frau Beigeordnete Nußbeck** über den Fortgang und vorgesehenen Abschluss des **Prozesses im Fall Jalloh** Anfang Dezember. Zu den Verhandlungstagen am 2., 5. und 8. Dezember wurden jeweils Demonstrationen in der Stadt angemeldet.

Des Weiteren berichtete Frau Nußbeck darüber, dass sich der **Landesrechnungshof** im Hause befindet und sein Prüfschema übergeben hat. Themen sind Konsolidierung des Haushaltes, Kostenrechnende Einheiten und Gewährleistung des Beteiligungsmanagement einschließlich der Prüfung in ausgewählten Unternehmen. Der Landesrechnungshof habe bereits in mehreren Kommunen versucht, kommunale Unternehmen zu prüfen. Im Moment gebe es dafür aber keine rechtliche Grundlage. Die Gemeindeordnung sieht ein solches Prüfrecht nicht vor. Der Oberbürgermeister hat auch beim Präsidenten des Landesrechnungshofes nachgefragt, auf welcher Grundlage er die Prüfung vornehmen will. Der Landesrechnungshof hat als überörtliches Prüforgan das Recht der Prüfung der Konsolidierung des Haushaltes, der kostenrechnenden Einheiten und des Beteiligungsmanagement, aber er beabsichtigt auch, die DVV zu prüfen. Dazu werde keine Rechtsgrundlage gesehen.

Herr Giese-Rehm fragte nach, ob dies in anderen Ländern anders geregelt ist. Hierauf führe Frau Nußbeck aus, es gebe unterschiedliche Rechtsformen. Den Landesrechnungshof gibt es nicht in allen Ländern, sondern die sog. Gemeindeprüfämter. In diesen Fällen gibt es durchaus andere Handhabungen, aber überall, wo es einen Landesrechnungshof gibt, gibt es diese Auseinandersetzungen. Hintergrund ist, dass GmbH nach der GemO verpflichtet sind, durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen. Die Stadt

sei nach § 53 GemO verpflichtet, unserem Rechnungsprüfungsamt ein Prüfrecht einzuräumen, was die Frage aufwirft, warum eine nochmalige Prüfung erfolgen soll.

Er habe im Oktober an einer Tagung der Gruppe „Kommunale Energie“ in Magdeburg teilgenommen, merkte **Herr Dr. Neubert** an. Hieran nahmen auch die Oberbürgermeister von Magdeburg und Halle zugegen und hier wurde diese Problematik ausdrücklich thematisiert und man habe sich einhellig dafür ausgesprochen, dies nicht zuzulassen und alles zu tun, dass dies nicht möglich wird.

Die Thematik Sitzungstermine im Zusammenhang mit der **Beratung des Haushaltsplanes** sprach **Frau Nußbeck** an. Ihrerseits sei vorgesehen, in der Sitzung des Stadtrates am 10. Dezember den Haushalt einzubringen, hier aber nicht vertiefend darauf einzugehen, sondern zeitnah im Haushaltsausschuss. Der Finanzausschuss sei planmäßig am 11. Dezember, ebenso wie der Wirtschaftsausschuss. Es mache aber wenig Sinn, nur im Finanzausschuss die Erläuterungen vorzunehmen, sondern den Haushaltsausschuss einzuladen, also den Haupt- und den Finanzausschuss. Da in der letzten Sitzung kritisch angesprochen wurde, dass an einem Tage mehrere Ausschusssitzungen stattfinden, bat sie um Meinungsäußerung wie verfahren werden soll. Frau Nußbeck wies auf die Möglichkeit, im Januar die Beratung durchzuführen.

Es wurde mehrheitlich zugestimmt, diese Beratung im Januar durchzuführen. Frau Nußbeck sagte zu, eine entsprechende Planung vorzunehmen. Die Sitzung am 11.12.2008 würde demnach entfallen, da keine weiteren TOP angemeldet wurden.

Oberbürgermeister Koschig merkte an, dass er am heutigen Tage ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Stadtrates bezüglich der Sitzungsplanung hatte und in den nächsten Tagen ein Plan für 2009 erstellt wird.

6. Beschlussfassungen

6.1. Einführung einer Konzessionsabgabe Trinkwasser Vorlage: DR/BV/471/2008/II-30

Frau Beigeordnete Nußbeck merkte in ihrer Einführung an, dass es sich um einen ersten Rahmenvertrag handelt und verwies auch auf die Begründung zur Vorlage. Es werde im nächsten Jahr eine Ergänzung des Vertrages zur Beschlussfassung kommen. Der Vertrag wird am 03.12.2008 in der Gesellschafterversammlung der DVV behandelt, so dass er im Stadtrat am 10.12. von dieser Seite her bestätigt vorliegen wird.

Zum weiteren Verfahren äußerte sich **Herr Giese-Rehm** dahingehend, dass auch die Qualitätssicherung für Wasser im Vertrag mit aufgenommen werden sollte. Des Weiteren regte er an, eine Änderung der Formulierung auf Seite 2 des Vertrages vorzunehmen. Hier heiße es „Die DESWA ist befugt, ihre Leitungen ... in Gebieten außerhalb der Stadt zu nutzen...“ Es sollte heißen: „...in Gebiete außerhalb der Stadt“, was einen anderen Sinn ergebe. Bis zum Stadtrat sollte geklärt werden, wie die Formulierung heißen muss. Von **Frau Nußbeck** wurde eine Prüfung zugesagt.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 8:1:0

**6.2. Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) mit Wirkung zum 01.01.2009
Vorlage: DR/BV/469/2008/VI-66**

Bürgermeister Gröger führte aus, nach Bestätigung der vorhergehenden Beschlussvorlage - Einführung der Konzessionsabgabe Trinkwasser - sei diese Vorlage die logische Folge. Mit der Weiterreichung der Belastung der DESWA ergebe sich hochgerechnet auf ihre Gesamtleistung eine Erhöhung des Mengenpreises im Nettobereich um 25 Ct. Er verwies auf den Städtevergleich bei der Belastung in der Anlage 2.

Obwohl es in der Begründung zur Vorlage vermerkt ist, bat **Herr Pätzold**, im Protokoll festzuhalten, dass die Festschreibung der Preise für 5 Jahre gilt.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 8:1:0

**6.3. Nutzungskonzept Meisterhäuser
Vorlage: DR/BV/474/2008/V-41**

Eine kurze Einführung in die Vorlage gab der Leiter des Kulturamtes, **Herr Lambrecht**. Er ging auf die Entstehung der Meisterhäuser, ihre Nutzung in der Nazi-Zeit, die Zerstörung während und Nutzung nach dem 2. Weltkrieg, die Wiederherstellung in den letzten Jahren und die weiteren geplanten Maßnahmen in den einzelnen Meisterhäusern ein.

Zusammenfassend führte Herr Lambrecht aus, dass mit der Vervollständigung und Verbesserung der städtebaulichen Situation sich jetzt die Möglichkeit ergibt, die Meisterhaussiedlung in ihrer Gesamtheit zu nutzen.

Die architektonischen Lösungen wurden von dem **Architekten Johannes Hick** vorgestellt. Dieser erläuterte mittels Beamer an einer Leinwand die der Vorlage beigefügten Anlagen. Er stellte die Situationen beim Haus Moholy-Nagy und Haus Gropius sowie die vorgeschlagenen Gestaltungen in verschiedenen Szenarien (Ausstellungen, Apéro Vernissage/ Finnissage, Lesungen, Konzerte).

Die Frage, ob die sich heute anschließende Sitzung der Ausschüsse für Kultur sowie Bauwesen, Verkehr und Umwelt entfallen, wenn hier der Hauptausschuss bereits über die Vorlage befindet, stellte **Herr Otto**.

Man habe sich zu dieser Beratung entschlossen, da es vorgesehen war, zugleich den Maßnahmebeschluss auf den Weg zu bringen, merkte **Herr Schönemann** an. Da es Differenzen, was die Kostenentwicklung betrifft gibt, habe man sich in den Vorgesprächen geeinigt, heute nur die Diskussion zum Nutzungskonzept zu führen. Man könne erkennen, dass es eine hohe Konformität zwischen den Vorstellungen und der gestalterischen Umsetzung besteht. Beispielsweise gehe es um die evtl. Zweigeschossigkeit im Bereich des Gropiushauses.

Heute stehe nicht der Maßnahmebeschluss zur Entscheidung, betonte **Herr Gröger**, sondern das mehrfach eingeforderte Nutzungskonzept zur Diskussion. Der Maßnahmebeschluss soll dann erst am 16.12. in den Bauausschuss und am 21. Januar 2009 in den Stadtrat.

Es sei auch die logische Folge, zunächst die Nutzung und dann die Baumaßnahme anzugehen, bestätigte **Herr Otto** und erinnerte an die Beschlussfassung des Nutzungskonzeptes im Kulturausschuss am 25. September, welches mit dem heute vorliegenden verlassen wird. Der Stadtrat habe dann auf Antrag von mehreren Fraktionen beschlossen, nochmals ein Nutzungskonzept als Grundlage für die Architekten zu beschließen. Nunmehr stelle es sich für ihn so dar, dass das Nutzungskonzept dem Vorschlag der Architekten angepasst werden soll.

Das damalige Konzept gehe von zwei Ebenen in beiden Häusern aus. Im Haus Moholy-Nagy gibt es kein Problem damit. Beim Gropius-Haus, das von der Kurt-Weill-Gesellschaft genutzt werden soll und deren Konzept ebenfalls von der Zweigeschossigkeit ausgeht, ist das anders. Er halte es nicht für gut, das Zentrum für die Dokumentation der Meisterhäuser und Bauhausbauten in Dessau in den Keller zu legen. Der Förderkreis der Meisterhäuser sehe das ebenso. Er frage sich, warum man dies ohne Not so macht. Ausdrücklich betonte Herr Otto, dass auch die Aufgabenstellung für den Wettbewerb alle wesentlichen Punkte des Nutzungskonzeptes, welches im September beschlossen wurde, aufgenommen hat und zusätzlich ein Designzentrum unterbringen wollte.

Ohne Not sei man nicht, entgegnete **OB Koschig**. Der Wettbewerb habe gezeigt, dass die Nutzungsvorstellungen der Stadt nicht umzusetzen sind. Die wäre nur möglich durch einen zusätzlichen Bau auf dem Meisterhausgelände, was aber ein nicht hinnehmbarer Eingriff in das Ensemble wäre. Deshalb musste gemeinsam mit dem 2. Preisträger ein Weg gegangen werden, wo das Machbare mit den Nutzungsvorstellungen optimiert wurde. Das Ergebnis liegt jetzt vor.

Des Weiteren habe man es mit Bauwerken zu tun, die ein hohes schützenswertes Gut sind, hier vor allem der Keller des Gropius-Hauses. Man müsse dankbar sein, dass alle bei der Reparatur des Meisterhaus-Ensembles zu involvierenden Behörden und Institute, Ratgeber, bis hin zu den Architekten, diesen Weg mitgegangen sind. Es war ein sehr intensiver Prozess bis zum heutigen Tag, in dem eine Lösung gefunden wurde. Mit dem Erhalt des Kellers entsteht eine weitere „Not“, nämlich ein statisches Problem, dem man Rechnung tragen muss. Aussagen dazu könnte Frau Dr. Wendland, die sich dankenswerter Weise persönlich in das Projekt mit einbringt, machen.

Herr Gröger ging nochmals auf den Auslobungstext und das Ergebnis des Wettbewerbes ein. Mit dem, was Herr Hick hier vorstellte, wurde das erreicht, was man sich erhofft hatte, eine wirksame Entlastung der Originale mit einem Spielraum an Möglichkeiten der Nutzung. Man müsse immer beachten, es ist eine städtebauliche Reparatur. Dies war auch der Punkt, um den man fast ein Jahr intensiv mit dem Bauhaus, dem Landesamt, mit dem Landesverwaltungsamt, dem Kultus- und Bauministerium gerungen hat, eine Lösung zu finden über einen international ausgeschriebenen Wettbewerb, untermauert mit einer international zusammengesetzten Jury. Das Ergebnis erfüllt die Anforderungen, die finanziell geschultert werden können, was die Errichtung und die Bewirtschaftung angeht.

An diesem Punkt angekommen, könne man es nicht mehr riskieren, keine Entscheidung herbeizuführen, da man nun in Erklärungszwang kommt, ob man es bis zur IBA packt oder nicht, dieses Ensemble in die Realisierung zu nehmen und vor allem die Finanzierung sicherzustellen.

Frau Dr. Wendland erhielt das Wort und lobte ausdrücklich aus der Sicht einer beratenden Behörde den Prozess. Es sei vorbildlich, wie man eine solche schwierige Aufgabe angeht. Die jetzt vorliegende Lösung bringe sehr viel zusammen und stelle eine Funktionalität so weit wie möglich her und ist trotzdem noch gute moderne Architektur mit einer Eigenständigkeit im Entwurf. Das sei Baukultur und da kann sich die Stadt sehen lassen. Sie sei sicher, dass dieses Projekt eine bundesweite Resonanz haben wird.

Er sehe dieses Projekt auch unter dem Dach „Bauhausstadt Dessau“ und da gehöre Kurt Weill und dessen Gesellschaft dazu, schloss **Herr Schönemann** an. Für ihn bleibe die Frage, was im Vorfeld im Rahmen der Nutzungskonzepte mit der Kurt-Weill-Gesellschaft besprochen worden ist. Man müsse dies diskutieren.

In seiner Beantwortung erklärte **Herr Lambrecht**, die ursprüngliche Nutzungskonzeption ist mit der Kurt-Weill-Gesellschaft abgestimmt worden. Auch jetzt habe man sich mit dem Kurt-Weill-Zentrum zusammengesetzt und Änderungen besprochen. Auf die Frage von Herrn Schönemann, ob Zusagen hinsichtlich einer zweiten Ebene gegeben wurden, bestätigte Herr Lambrecht, dass man selbstverständlich ursprünglich von einer Zweigeschossigkeit ausgegangen war und jetzt ein Defizit bei der Kompromissvariante die Beengtheit darstellt. Deshalb waren die Überlegungen, bestimmte Veranstaltungen in das Haus Moholy-Nagy zu verlegen.

Herr Otto stellte fest, dass dem Architekten zwar die Aufgabenstellung zum Wettbewerb bekannt war, aber das Nutzungskonzept ihm erst am Ende seiner Arbeit vorgelegen hat. Des Weiteren merkte er an, dass die Frage der Statik oder Bauphysik beim Haus Moholy-Nagy s. E. gar nicht stehe, da man dies neu baut. Die Kurt-Weill-Gesellschaft habe in Anlehnung an das Blaubuch 2006 ihre Nutzungen angemeldet. Das gehe nun nicht mehr. An die Architekten richtete Herr Otto weiter die Frage, wie die akustische Trennung erfolgen soll an den Schiebewänden, bei denen ebenfalls zusätzlicher Platzbedarf besteht.

Herr Hick erklärte, zur technischen Lösung noch keine Details sagen zu können. Erfahrungsgemäß sei dies aber eine machbare Aufgabe. Er erläuterte weiterhin die Möglichkeiten für Geschossflächen und die zu sichernden Fluchtwege anhand der Projektierung auf der Leinwand.

In der weiteren Beratung merkte **Frau Jahn**, Leiterin des Stadtplanungsamtes, an, wenn die Bibliothek als Aufgabenstellung im Rahmen des Wettbewerbes zur Diskussion gestanden hätte, wäre sie auch berücksichtigt worden. **Herr Otto** entgegnete darauf, deshalb war auch gefordert worden, das Nutzungskonzept zuerst zu beschließen.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, führte aus, der Arbeitskreis habe sich mit der Frage beschäftigt, ob hier Raum verloren geht oder es besser mit den 2 Geschossen wäre. Deshalb war die Aufgabenstellung an den Architekten, beide Varianten vorzustellen. Da war noch nicht der bauordnungsrechtliche As-

pekt berücksichtigt worden. Man habe aber erkennen können, dass der gewonnene Raum sehr gering ist und die Nutzungsvielfalt stark eingeschränkt wird. Deshalb habe sehr schnell die architektonische Qualität, die Nutzungsvielfalt, die Möglichkeit für ein 2/3 Geschoss, die Nutzung eines Vollgeschosses ohne Treppe und die Variante, ein Vollgeschoss plus ein 2/3-Geschoss gleichzeitig zu bespielen, überzeugt.

Seine Bedenken, die starke Nutzung aus den jetzigen 5 Häusern auf die zukünftigen zwei neuen konzentriert zu sehen, äußerte **Herr Giese-Rehm**. Wenn man denn unbedingt bauen will, dann erschließe sich ihm die vorgestellte Kubatur schon. Da er grundsätzlich nicht der Meinung sei, bauen zu müssen, werde er im Stadtrat gegen die Nutzung für diese Version stimmen, sich aber heute als Vertreter seiner Fraktion enthalten.

Dies zusammenzufassen heiße theoretisch, der Verzicht auf eine zweite Nutzungsebene in geschlossener Form aufgrund der geringen Grundfläche grenzt im Rahmen der notwendigen Erschließung die Gesamtnutzungsfläche erheblich ein und damit kam am Ende diese Raumkonstellation zustande, legte **Herr Schönemann** dar. Das sei nachvollziehbar und erklärbar. Das Procedere habe sicher die eine oder andere Ecke, mit der einige unzufrieden sind, er könne aber zumindest der Kurt-Weill-Gesellschaft deutlich erklären, dass ihre Intension, nicht beachtet worden und eingeeengt zu sein, nicht stattfindet.

Die Raumdiskussion habe in einer Arbeitsgruppe und nicht mit dem politischen Raum stattgefunden und es erschließe sich ihm nicht, dass hier Versammlungsstättenauflagen kämen, erklärte **Herr Otto**. Nach wie vor sei er auch der Meinung, dass das Gropiushaus nicht dem Anspruch entspricht, indem für Gropius weltweit das einzige Dokumentationszentrum in einen Keller verlegt wird.

Darauf entgegnete **Herr Bekierz**, in dem Arbeitskreis war keine Bibliothek diskutiert worden, sondern beide Ebenen für Veranstaltungen zu nutzen. Nur hierfür wären Versammlungsstättenauflagen das Thema.

Herr Otto betonte, die Kurt-Weill-Gesellschaft habe ihr Nutzungskonzept Anfang April/Mai d. J. an alle Fraktionen und er denke auch an die Verwaltung ausgereicht. Man habe deshalb bewusst gefordert, dass man über das Nutzungskonzept redet und dies als Vorgabe für die Architekten zu machen.

Herr Dr. Neubert erklärte, er finde es beachtlich, dass die Reparatur des Ensembles im Ganzen wieder ermöglicht wird und das auf eine sehr gelungene Weise. Des Weiteren teile er die Auffassung von Herrn Otto, dass es unglücklich sei, in welcher Reihenfolge man hier gehandelt hat. Was unter dem Aspekt des Umsetzbaren gemacht wurde, ist im Falle des Hauses Moholy-Nagy beeindruckend und eine großartige Lösung. Beim Haus Gropius bestehen Rahmenbedingungen für die Belastung der Grundmauern, so dass eine zweite Geschossebene nicht so entstehen kann wie gewünscht. Wenn dem so ist, finde er die dargestellte Lösung ausgezeichnet, die unter den gegebenen Umständen zu realisieren ist, ehe man gar nichts realisiert.

Für die weitere Vorgehensweise empfahl **Herr Schönemann**, bei allem den einmaligen Bezug zum Bauhaus für dieses Areal zu beachten und nicht zu vielschichtig und komplex zu werden.

Abschließend betonte **Herr Otto**, er bitte nicht missverstanden zu werden. Es sei weder sein Nutzungskonzept, welches er hier verteidige, noch finde er die hier vorgestellte Lösung schlecht. Das Nutzungskonzept könne aber in Übereinstimmung gebracht werden und hier sprechen auch keine technischen Argumente dagegen. Aus diesem Grunde würde er immer gegen diesen Entwurf stimmen. Man habe die einmalige Chance, jetzt noch zu korrigieren.

Oberbürgermeister Koschig brachte das Nutzungskonzept zur Abstimmung.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Konzept mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 4:2:2

9. Schließung der Sitzung

Die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschuss wurde durch Herrn Koschig um 19.15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 22.12.20

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schritfführer